

## KOMMENTAR



## Aus Absurdistan

Kinderlärm gehört zum ganz normalen Alltag

► STEFAN VETTER (BERLIN)

Warum kommen in Deutschland so wenige Kinder zur Welt? Diese Frage ist längst zu einem Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Wissenschaft geworden. Beinahe schon im Wochentakt werden dazu mehr oder minder kluge Studien und Forschungsberichte veröffentlicht.

Dabei hätte bereits ein Blick ins Gesetzblatt genügt, um einem wichtigen Grund auf die Spur zu kommen. In einem Land, in dem Kinderlärm als schädliche Umwelteinwirkung ausgelegt werden kann, haben nicht nur klagewütige Querulanten Oberwasser. Vielmehr ist die gesamte Gesellschaft in Schiefelage geraten. Familienfreundlichkeit? Nein danke, lautet ihre Botschaft.

Viele Eltern spüren das tagtäglich. Früher gehörte Kinderlärm zum ganz normalen Alltag. Dass man ihn mit den Geräuschen von Flugzeugen oder Weihnachtsmärkten in einen Topf wirft, wäre vor ein paar Jahrzehn-

ten noch unvorstellbar gewesen. Findige Anwälte hatten damit aber schon seit geraumer Zeit keine Berührungsängste mehr. Wenn sich Anwohner über einen Kindergarten in ihrer Nachbarschaft beschwerten, konnten sie sich auf das Bundes-Immissionschutzgesetz berufen. Auf dieser Grundlage wurde zum Beispiel in Hamburg eine Kita vom Wohnins Gewerbegebiet verbannt. Und selbst das geschah noch unter strengen Lärmschutzaufgaben. So gesehen muss man die Regierung fragen, warum sie derlei Absurditäten erst jetzt einzudämmen sucht. Die gestern von ihr verabschiedete Klarstellung im Gesetz war überfällig. Zu den ersten Organisationen, die den Beschluss begrüßten, gehörte übrigens die Senioren-Union. Deren Vizechef hatte Kinderlärm noch vor kurzem mit den Geräuschen eines Presslufthammers gleichgesetzt. Vielleicht ist die Gesellschaft ja doch lernfähig. ► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

## DAS AKTUELLE STICHWORT

## Ungarns Mediengesetz

Ungarn und die EU-Kommission haben ihren Streit um das umstrittene ungarische Mediengesetz beigelegt. Die Kommission begrüßte gestern die von Ungarn vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes. Allerdings wurde der heikle Punkt des von regierungsnahen Vertretern dominierten Medienrates außen vor gelassen, weshalb Europaparlamentarier ihre Kritik an dem Gesetz erneuerten.

„Die Kommission wird nun die Verabschiedung dieser Änderungen und ihre darauf folgende Umsetzung genau beobachten“, erklärte EU-Kommissarin Neelie Kroes, die für die audiovisuellen Medien in Europa zuständig ist. Ungarn will demnach nun insbesondere die Vorgabe einer „ausgewogenen Berichterstattung“ überarbeiten, die von vielen Seiten als Möglichkeit für Zensur kritisiert worden war. Nach den von Budapest vorgeschlagenen Änderungen würde die Kontrolle wie auch in anderen EU-Ländern auf den Rundfunk beschränkt, Presse oder etwa Internetblogger wären nicht betroffen. Zudem

sollen die drohenden Sanktionen abgeschwächt werden.

Die Grünen im Europaparlament kritisierten die Einigung darum als ungenügend. „Hauptproblem“ sei die Besetzung des Medienrates und dessen Macht zur Sanktionierung der Medien, sagte Fraktionschefin Rebecca Harms. „Das ist natürlich der Versuch, alle Medien zu kontrollieren, und das nenne ich Zensur“, fügte sie hinzu. Die SPD-Abgeordnete Petra Kammerevert urteilte, nachdem die Kommission die Besetzung des Medienrates nicht in den Blick genommen habe, sei es nicht erstaunlich, dass Ungarn nur „kosmetische Korrekturen“ angeboten habe.

Der FDP-Abgeordnete Alexander Graf Lambsdorff erklärte: „Wir europäische Liberale halten die Kritik dort aufrecht, wo die Kommission nichts bewirken konnte - zum Beispiel beim journalistischen Quellenschutz, der Zusammensetzung des Medienrats und dem mangelhaften Rechtsschutz für Medien, die mit einer Strafe belegt worden sind.“ (afp)

## ANSICHT

„Die Zeit heilt alle Wunden. Aus Napoleon ist ja mittlerweile auch ein Cognac geworden.“

ALFRED BIOLEK, DEUTSCHER ENTERTAINER

## Die Bestnote für ein Plagiat?

Wieder hat Minister Guttenberg ein Problem. Teile seiner Doktorarbeit soll der CSU-Politiker aus Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Werken wörtlich übernommen haben – ohne darauf hinzuweisen.

VON WERNER KOLHOFF UND HAGEN STRAUSS

Berlin. Verteidigungsminister Guttenberg hat nicht nur zehn Vornamen, sondern auch einen Dokortitel. Den erwarb der Adelige 2006 an der Universität des heimischen Bayreuth mit einer Arbeit über „Konstitutionelle Entwicklungsstufen in den USA und der EU“, einem Verfassungsvergleich beider Staatensysteme. Er bekam dafür die Bestnote „summa cum laude“ (mit Auszeichnung). Seit gestern ist klar, dass der CSU-Politiker in dem Werk ganze Passagen von anderen Autoren zitiert hat, ohne darauf hinzuweisen. Ist Guttenbergs Arbeit also mit der neuzeitlichen Methode copy and paste entstanden, sprich abgekupfert?

Über acht Absätze des Guttenberg-Werkes, die wörtlich oder nahezu wörtlich von anderen Autoren stammen, berichtete gestern die „Süddeutsche Zeitung“. Der Berliner Jura-Professor Andreas Fischer-Lescano brachte die Sache

„Egal, ob vorsätzliches Plagiat oder einfache Schlamperei:

Guttenberg hat zum ersten Mal das Problem, dass er die Verantwortung auf keinen anderen abschieben kann.“

JÜRGEN TRITTIN (GRÜNE)

ins Rollen. So finden sich, nur um das Wort „möglicherweise“ ergänzt, 40 Zeilen eines Kommentars aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 22. Juni 2003 in Guttenbergs Arbeit wieder, und zwar in der zusammenfassenden „Bewertung“ des Autors. Guttenberg übernimmt seine Meinung über die EU-Verfassung auf diese Weise also fast komplett aus der Schweizer Zeitung, freilich ohne diese zu nennen.

Ebenfalls als ungenannte Quelle nutzte der Minister einen Vortrag, der am 2. November 2003 am Liechtenstein-Institut gehalten wurde. Für Fischer-Lescano ist das klar ein „Plagiat“. Guttenberg nannte diesen Vorwurf gestern „abstrus“ und deutete an, dass es sich allenfalls um versehentliche Fehler handele. Er sei gerne bereit zu prüfen, ob bei über 1200 Fußnoten und 475 Seiten „vereinzelt“ eine Fußnote nicht korrekt gesetzt sein sollte und werde das bei einer Neuauflage korrigieren.

Von wegen vereinzelt. Unserer Zeitung liegen Informationen vor, wonach Guttenberg auch von einem 2002 erschienenen Aufsatz



So ein bisschen gemogelt? Die Plagiatsvorwürfe nahm Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) gestern locker auf. Doch die Gelegenheit ist für ihn äußerst unangenehm. Foto: dapp

des Tübinger Juristen Martin Nettesheim über die „konsoziative Föderation von EU und Mitgliedsstaaten“ abgekupfert hat. Ein Münsteraner Jurist fand die Doppelungen. Der Minister zitierte demnach aus dem Aufsatz sechs Passagen ganz oder weitestgehend wortgleich, ohne sie in Anführungszeichen zu setzen. Auf die Quelle wird in den Fußnoten nur ungenau oder gar nicht hingewiesen. Guttenberg habe mehrfach gegen das Gebot des „nachvollziehbaren Trennens eigener von fremden Gedanken“ verstoßen, lautet das Urteil des Experten.

Einen weiteren Fall meldete gestern die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Ihr kam gleich Guttenbergs erster Absatz der Einleitung bekannt vor - er stammte aus einem Text der Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnppfennig, den die Zeitung am 27. November 1997 veröffentlicht hatte. Die Quelle war nur allgemein in der Literaturliste erwähnt.

Die Universität Bayreuth prüft die Vorwürfe nun. „Wir nehmen das ernst“, sagte eine Sprecherin. Eine Aberkennung des Dokortitels ist im Nachhinein durchaus möglich, wenn auch nicht zwin-

„Die Textduplikate ziehen sich durch die gesamte Arbeit und durch alle inhaltlichen Teile.“

ANDREAS FISCHER-LESCANO, JURAPROFESSOR AUS BERLIN

gend. Es kommt auch darauf an, wie umfangreich und systematisch abgekupfert wurde. Immerhin hat Guttenberg bei der Abgabe der Arbeit schriftlich erklärt, „keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt zu haben“.

Der Minister ist nicht das erste Kabinettsmitglied, das mit seiner Doktorarbeit Probleme hat. Im letzten Jahr geriet Kristina Schröder (CDU), vormals Köhler, in die Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass sie sich für ihre Doktorarbeit der organisatorischen Hilfe der CDU-Zentrale hatte bedienen können. Sie hatte ihre Arbeit genau wie Guttenberg während ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete geschrieben. Die Familienministerin überstand die Affäre. Bei Guttenberg könnte das anders sein. Denn der 39-jährige erlebt derzeit eine Serie von Negativnachrichten. Zwar führt Guttenberg die Beliebtheitsranglisten der Politiker weiterhin an, doch kann sich das schnell ändern. Kürzlich ahnte der CSU-Mann: „Ein gewisser Absturz hätte bei mir längst kommen müssen. Weil er bislang nicht gekommen ist, kann er stündlich kommen.“ Jetzt scheint es so weit zu sein.

## „Solidarität ist für die Bundesregierung offenbar ein Fremdwort“

Barbara Lochbihler, Europaabgeordnete der Grünen, kritisiert die Position Berlins gegenüber tunesischen Flüchtlingen. Sie hält Deutschland für aufnahmefähig.

VON JOACHIM ZINSEN

Straßburg. Nach der Jasmin-Revolution in Tunesien haben tausende Menschen das Land verlassen. Wie soll die EU auf die Fluchtbewegung reagieren? Ein Gespräch mit Barbara Lochbihler, der langjährigen Generalsekretärin von Amnesty in Deutschland und heutigen Europaabgeordneten der Grünen.

Frau Lochbihler, in den vergangenen Tagen sind mehrere tausend nordafrikanische Flüchtlinge auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa gelandet. Schlagzeilen sprechen bereits von einer gewaltigen Flüchtlingswelle, die auf Europa zurollt. Ist das Panikmache?

Lochbihler: Bis Dienstagmittag sind in Lampedusa 5000 Personen angekommen, darunter 108 Kinder. Damit ist die Insel natürlich überfordert. Aber für Europa stellt die Aufnahme von 5000 Menschen nun wirklich kein Problem dar.

Aus Italien heißt es, man erwarte allein für den kommenden Monat weitere 80 000 Flüchtlinge.

Lochbihler: Natürlich kann man angesichts der großen Umwälzungen in Tunesien und Ägypten nicht ausschließen, dass viele Menschen versuchen werden, die Länder zu verlassen. Aber die Zahl

80 000 ist völlig spekulativ. Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi will damit von dem ihm drohenden Prozess und den Versäumnissen seiner Regierung in der Flüchtlingspolitik ablenken. Italien hatte trotz der Wochen andauernden Unruhen in Tunesien keinerlei Vorkehrungen für die Aufnahme von Flüchtlingen getroffen.

Die EU plant nun, Kräfte der Grenzschutzagentur Frontex in Marsch zu setzen, um Flüchtlingen den Weg nach Europa zu versperren. Die Grünen stehen dem Einsatz kritisch gegenüber. Warum?

Lochbihler: Natürlich müssen Grenzen geschützt werden. Doch das muss im Einklang mit unserer Werteordnung geschehen. In der Vergangenheit haben wir häufig gesehen, dass Frontex zwar versucht, die Grenzen zu schützen, nicht aber die Interessen der flüchtenden Menschen. Teilweise haben Frontex-Einheiten verhindert, dass Flüchtlingsboote in einen sicheren Hafen einlaufen konnten. Oder sie haben Migranten in Seenot nicht aufgenommen. Zudem arbeitet die

Agentur völlig intransparent. Sie muss dem EU-Parlament über ihre Aktivitäten keinen Bericht geben. Es gibt keinerlei Daten darüber, was mit Menschen geschieht, die bei Frontex-Aktionen aufgegriffen wurden. Und Frontex hat bisher sein Personal auch nicht an Menschenrechtsstandards geschult. Das Mandat von Frontex muss durch die EU so geändert werden, dass Menschenrechte eingehalten werden. Erst wenn das der Fall ist, ist gegen einen Einsatz der Agentur nichts einzuwenden.

Sie fordern, nicht die Flüchtlinge zu bekämpfen, sondern die Fluchtsachen. Was heißt das bezogen auf Tunesien konkret?

Lochbihler: Die EU muss alles tun, damit es dort freie und faire Wahlen gibt. Gleichzeitig muss die Gemeinschaft helfen, das Land wirtschaftlich zu stabilisieren. Dazu gehört, dass wir im Gegenzug zur Demokratisierung Tunesiens unsere Märkte für Produkte stärker öffnen. Dadurch fördern wir in dem Land nachhaltige Projekte, die Arbeitsplätze schaffen. So etwas geht natürlich nicht von heute auf morgen. Aber mittelfristig

existiert sehr wohl eine Perspektive auf wirtschaftliche Prosperität, die die Tunesier dann auch in ihrem Land hält.

Momentan ist das nicht der Fall. Die Bundesregierung lehnt eine Aufnahme tunesischer Flüchtlinge ab. Aus der CDU/CSU kommt sogar die Forderung nach Strafen für Italien, falls das Land Flüchtlinge nach Norden ausreisen lässt.

Lochbihler: Europäische Solidarität ist für die Bundesregierung offenbar ein Fremdwort. Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, ist in den vergangenen Jahren nach dem Dublin-II-Abkommen immer weiter zurückgegangen. Gleichzeitig leidet unsere Gesellschaft an einem Demografie-Problem, sie wird älter und älter. Warum nehmen wir nicht junge Flüchtlinge auf? Sagen wir tausend Personen. Angesichts der Einwohnerzahl in Deutschland von 80 Millionen Menschen ist das eine verschwindend kleine Gruppe. Wo ist also das Problem? Die Kapazitäten zu ihrer Aufnahme kann Deutschland ohne Probleme zur Verfügung stellen. Es fehlt nur der politische Wille.

Wohl, weil eine Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland nicht eben populär ist. Wie wollen sie diese Stimmung ändern?

Lochbihler: Wir Politiker sollten Fremde nicht immer als etwas Gefährliches darstellen. Vor allem sollten wir auf eine Rhetorik verzichten, die mit Begriffen wie „überfluten“ oder „das Boot ist voll“ operiert. Zudem müssen wir deutlich machen: Viele Flüchtlinge gehen in ihre Heimatländer zurück, wenn sich dort die Lage verbessert hat.

Macht die Diskussion über die Tunesien-Flüchtlinge nicht deutlich, dass die EU eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik braucht?

Lochbihler: Richtig. Die Standards zur Anerkennung von politischen Flüchtlingen müssen endlich harmonisiert werden. Die aktuellen Ereignisse zeigen aber, dass wir die gesamte Flüchtlingsproblematik am Mittelmeer nur dann in den Griff bekommen, wenn wir Menschen, die in Europa eine wirtschaftliche Perspektive suchen, in gewissem Umfang auch eine Möglichkeit zur legalen Einwanderung eröffnen.

Barbara Lochbihler  
Foto: imago/Leukert